

Antrag B1

Antrag an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages

Die Landespartei zukunftsfähig gestalten

EinreicherInnen: Christian Görke, Andrea Johlige, Gerlinde Krahnert, Daniela Trochowski, Norbert Müller, Sebastian Walter, Jan Eckhoff, Matthias Osterburg, Peer Jürgens, Sven Kindervater, Tobias Bank, Fritz Viertel, Thorsten Kleis, Daniel Förster, Ringo Jünigk, Michael Elte

Der Landesverband der LINKEN Brandenburg verändert sich. In den letzten Jahren hat in vielen Kreisverbänden und auf Landesebene ein Wechsel in der Aktivenschaft stattgefunden. Viele langjährige MitstreiterInnen ziehen sich aus Funktionen und ehrenamtlicher Tätigkeit in der Partei zurück, neue GenossInnen übernehmen auf Ortsverbands- und Kreisebene Verantwortung. Bei den anstehenden Kommunalwahlen werden viele der in den letzten Jahren zu uns gestoßenen Mitglieder für die Kommunalparlamente kandidieren. Auch auf Landesebene ist dieser Prozess im vollen Gange.

Dies vollzieht sich nicht konfliktfrei. Unterschiedliche Erfahrungen, Kommunikations- und Informationsbedürfnisse, Ansprüche an innerparteiliche Demokratie, Wünsche nach Beteiligung und Mitgestaltung und auch unterschiedliche Vorstellungen von kultureller Ansprache und Wirken der Partei nach außen und innen sind bereits immer wieder Bestandteil innerparteilicher Auseinandersetzungen. Diese wollen wir als Landespartei konstruktiv und unter Beteiligung möglichst vieler Mitglieder führen, um gemeinsam zu strukturellen, organisatorischen und politischen Schlussfolgerungen zu gelangen, die den Bedürfnissen der Mitglieder, egal ob schon länger dabei oder neu dazu gekommen, gerecht werden. Die bisherigen Strukturen reichen für eine solche ergebnisoffene und zielführende Debatte offensichtlich nicht aus. Nichtsdestotrotz empfinden wir den Wandel der Partei als produktiv, er macht DIE LINKE zukunftsfähig.

Die Partei wird sich auch strukturell verändern müssen. Weniger Mitglieder und die schleichende Ausdünnung ehrenamtlicher Strukturen in den Kreisverbänden bedeuten auch, dass die Arbeitsverteilung innerhalb des Landesverbands und die Finanzbeziehungen auf den Prüfstand gehören. Auch eine Debatte, wie wir die Präsenz in der Fläche – durch Stützpunkte der Partei – sichern, ist notwendig.

Die Landespartei hat mit dem nunmehr abgeschlossenen Parteireformprozess vor allem die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine moderne Landespartei geschaffen. Gleichzeitig wurden die Kommunikationsbeziehungen neu geordnet und Informationsangebote entwickelt, die Landesgeschäftsstelle wurde umstrukturiert und stärker als Serviceeinrichtung für die Kreisverbände und die Zusammenschlüsse ausgerichtet. Und es ist nunmehr gelungen, dass es in allen Kreisverbänden kleine Zeitungen gibt und diese werden stärker als bisher durch die Landesebene unterstützt und mit Informationen, Beiträgen und Weiterbildungsangeboten ausgestattet. Dies muss angesichts des gemeinsam mit dem ND entwickelten Pilotprojekt „Die LINKE BB regional“ weiter qualifiziert werden.

Gleichzeitig wurde die Schaffung von Schulungsprojekten und Weiterbildungsangeboten begonnen, um jene fit zu machen für die anstehenden Aufgaben, die auf unterschiedlichsten Ebenen Verantwortung in der Partei übernehmen. Mit dem Intranet gibt es ein modernes Medium, in dem Diskussion und Kommunikation mit Serviceangeboten der Landesebene verknüpft werden können. Es gilt, dieses Instrument nun als Gesamtpartei zu nutzen und weiterzuentwickeln. Das kann nur gelingen, wenn möglichst viele in diese Prozesse eingebunden werden und selbstbestimmt mitmachen.

Der Landesvorstand hat sich in den letzten zwei Jahren bemüht, die landesweiten Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse stärker in den Politikentwicklungsprozess zu integrieren. Das ist nur zu einem Teil gelungen. Gleichzeitig sind die Zusammenschlüsse eine große Chance, die fachpolitische Arbeit landesweit zu vernetzen. Hier wird es weiterer Anstrengungen bedürfen. Insbesondere für die Internetgestaltung und die Werbung um Mitglieder in den LAGs/IGs/AG/s.

Es haben sich aber auch Kommunikationsdefizite offenbart. Es ist trotz größerer kommunikativer Herausforderungen an eine Partei in Regierungsverantwortung nicht gelungen, ausreichend Wege zu finden, um die verschiedenen Ebenen und die Akteure der Landespartei regelmäßig in aktuelle Debatten einzubeziehen und in Prozesse einzubinden. Das ist nicht nur eine Verantwortung für den Landesvorstand sondern muss Aufgabe der Landtagsfraktion und der Gremien auf Landes- und Kreisebene sein. Um politische Debatten in der Landespartei führen zu können, darf sich kein Kreisverband von Informationen „abgehängt“ fühlen, müssen aber auch gleichzeitig die Kreisvorstände die Verantwortung wahrnehmen, die erhaltenen Informationen weiter zu leiten.

Ziel ist, dass Verantwortung und Aufgaben auf mehr Schultern verteilt werden. Diese Debatten dürfen wir nicht nur anlassbezogen führen, sondern müssen einen Prozess beginnen, in dem Wege gefunden werden, allen Teilen der Partei mehr Einfluss auf die Politikentwicklung zu sichern. Auch die Wege zur Entscheidungsfindung müssen überdacht werden.

In den Jahren 2015 und 2016 stehen voraussichtlich keine Wahlkämpfe auf Bundes- und Landesebene an. Diese beiden Jahre wollen wir intensiv nutzen, die personelle, organisatorische und strukturelle Neuaufstellung der Landespartei weiter voranzutreiben und die daraus notwendig werdenden Entscheidungen vorzubereiten.

Im Mittelpunkt der Debatte werden stehen:

- Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationsstrukturen der Landespartei, Weiterentwicklung von Kleinen Zeitungen, Mitgliedermagazin, Intranet und weiteren Informations- und Kommunikationsmedien
- Beteiligungskultur und Formen der Beteiligung am Politikentwicklungsprozess und innerparteiliche Demokratie auf Orts-, Kreis- und Landesebene

- Einsatz des Instruments des Mitgliederentscheids
- Gestaltung der politischen und Nachwuchsbildung
- Transparenz von Gremienarbeit und Entscheidungen und Arbeitsformen zur Vorbereitung und Erarbeitung von strategischen und inhaltlichen Papieren
- Verhältnis Ehrenamtlichkeit/Hauptamtlichkeit, Mandatsträger/nicht Mandatsträger, Arbeitsteilung
- Aufgaben und Befugnisse von Gremien wie Landesvorstand, Landesausschuss, Rolle von Kreisvorsitzendenberatungen, Rollenspiel Fraktionen/Vorstände, Arbeitsformen der Vorstände, Einbeziehung der Basis in Vorstandsarbeit, Rolle der Landtagsfraktion, der Regierungsmitglieder
- Vernetzung fachpolitischer Akteure, Weiterentwicklung der Zusammenschlüsse, Zusammenarbeit mit kf und RLS
- Arbeitsaufteilung im Landesverband (Mitgliederverwaltung, Finanzarbeit und weitere Fragen zur Sicherung der formalen Handlungsfähigkeit), Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Kreisverbände, Strukturfragen (Ortsverbände, Zusammenarbeit von Kreisverbänden, Geschäftsstellenstruktur)
- Sicherung flächendeckender Präsenz der Partei
- Finanzbeziehungen im Landesverband.

Dieser Prozess sollte wie folgt gestaltet werden:

1. Organisation der Debatte durch den Landesvorstand unter Einbeziehung des Landesausschusses, der Kreisverbände und der landesweiten Zusammenschlüsse
2. Der Debattenprozess soll zu jeder Zeit für alle Mitglieder offen sein. Es sollen sowohl etablierte Instrumente wie Aktiven- und Regionalkonferenzen aber auch neue Formen wie ein Diskussionsforum im Intranet, Erarbeitung von Diskussionspapieren über geeignete Onlineinstrumente usw. genutzt werden.
3. Bis zum Landesparteitag im Frühjahr 2016 sollen notwendige Schlussfolgerungen für die Struktur und Verfasstheit der Partei zur Entscheidungsreife gebracht werden.
4. Für den Debattenprozess sind im Jahr 2014 5000 Euro und im Jahr 2015 15000 Euro im Finanzplan des Landesvorstandes vorzusehen.